

**„Ohne sie geht nichts mehr. Die Rolle von migrantischen Jugendlichen auf dem
Ausbildungsmarkt“**

03. Mai 2022, 18.00 – 20.00 Uhr

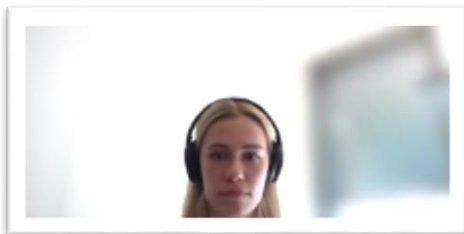
Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte leisten einen wichtigen Beitrag, um die Arbeitskraft in Engpassberufen sicherzustellen. Das stellt das Institut der deutschen Wirtschaft in der aktuellen Studie „Ohne sie geht nichts mehr. Welchen Beitrag leisten Migrant_innen und Geflüchtete zur Sicherung der Arbeitskräftebedarfe in Fachkraftberufen in Deutschland?“ fest. Selbiges gilt für den Ausbildungsmarkt: Migrantische Jugendliche starten proportional häufiger eine Ausbildung in Engpassberufen als andere Jugendliche.

Um die Ergebnisse der Studie und die Situation migrantischer Jugendlicher auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt zu besprechen, lud das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Veranstaltung „Ohne sie geht nichts mehr. Die Rolle von migrantischen Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt in Niedersachsen“ ein.



Cosima Schmitt

Begrüßt wurden das Podium und die Gäste im Publikum von **Alina Finke**, Referentin im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und **Cosima Schmitt**, Moderatorin.

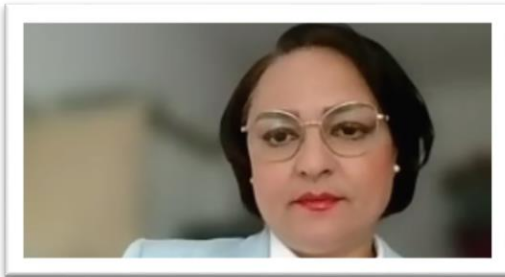


Helen Hickmann

Helen Hickmann, Mitautorin der Studie, stellte zunächst in einem Impulsvortrag die Ergebnisse der Studie „Ohne Sie geht nichts mehr“ vor. Der Fachkräftemangel liegt demnach in Niedersachsen 2022 bei fast 47.000 fehlenden passend qualifizierten Arbeitslosen, um alle offenen Stellen zu besetzen.

Zudem haben 9,7 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Fachkraftniveau eine nicht-deutsche Staatsbürgerschaft. Sie seien vor allem in den Berufsgruppen mit den größten Fachkräftelücken wie Pflege, Bauelektrik, Sanitär-, Heizungs-, Klima- und Kraftfahrzeugtechnik beschäftigt. Bei Berufskraftfahrer_innen liegt der Anteil von Migrant_innen beispielsweise bei 18,8%. Helen Hickmann betonte, Integration sei keine Einbahnstraße und forderte mehr Integrationsbemühungen seitens der Unternehmen

und bei der Berufsorientierung. Hierfür brauche es mehr Kontrollinstanzen, damit bestehende Regelungen und Gesetze umgesetzt würden. Zur Fluchtbewegung aus der Ukraine stellte sie die Frage in den Raum, ob Frauen mit Kindern wirklich einfacher in den Arbeitsmarkt zu integrieren seien als beispielsweise syrische männliche Flüchtende im Jahr 2015, oder ob sich nicht vielmehr der politische Wille gewandelt habe.



Galina Ortman

Galina Ortman, Gründungsvorsitzende des Bundesverbandes interkultureller Frauen in Deutschland e.V. und Vorsitzende des niedersächsischen Integrationsrates, kritisierte die strukturelle Benachteiligung von Migrant_innen auf dem Arbeitsmarkt und betonte hierbei die besonders prekäre Situation migrantischer Frauen. Sie adressierte die Politik hinsichtlich der Durchsetzung von Maßnahmen wie dem Partizipationsgesetz, Quoten und einem gezielten Monitoring für Migrant_innen.

Lars Niggemeyer vom Deutschen Gewerkschaftsbund Niedersachsen, nahm an, es gebe nicht zu wenig qualifizierte Arbeitslose sondern zu wenig Ausbildungsplätze. Er kritisierte die Schutzlosigkeit von Arbeitnehmer_innen in prekären Verhältnissen wie der Leiharbeit und schlug vor, eine Ausbildungsplatzgarantie nach österreichischem Vorbild einzuführen.



Lars Niggemeyer



Christoph Bratmann

Christoph Bratmann, Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag, berichtete von seinen persönlichen Erfahrungen als Berufsschullehrer. Es sei elementar, die Berufsberatung zu fördern, damit junge Menschen ihre Stärken und Interessen kennenlernten. Als Aufgabe der Politik sah es Bratmann, Rahmenbedingungen zu schaffen, die gezielt auf die Bedürfnisse von Migrant_innen abgestimmt sind und eine schnelle und flexible Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Alle Referent_innen waren sich einig, Migrant_innen sollten während der Berufsorientierung und auf dem Arbeitsmarkt gezielt unterstützt werden um bestehende Diskriminierungsmechanismen zu überwinden. Sie sehen eine vielfältige Gesellschaft und einen vielfältigen Arbeitsmarkt als eine große Bereicherung an und fordern seitens der Politik mehr Engagement, um die Relevanz der Thematik zu verdeutlichen.